

So wird die Schweiz CO₂-neutral

Die Gewerkschaftszeitung «Work» präsentiert ein spektakuläres Konzept – steckt Peter Bodenmann dahinter?

Othmar von Matt

Es sind 31 Extrazüge aus Genf, St. Gallen, Luzern, Basel und Zürich, mit denen die Klimademonstranten anreisen. Zwischen 50 000 und 100 000 Personen dürften heute an der nationalen Klimademo sein.

Just auf diesen Tag hin präsentiert «Work» einen spektakulären Plan: Wie die Schweiz bis 2030 CO₂-neutral werden kann. «Wir wollen zeigen, dass eine Netto-Null-Schweiz in Sachen CO₂ machbar ist, wie sie die Klimastreikenden verlangen. Praktisch, technisch, politisch – und sozial!», sagt Marie-Josée Kuhn, Chefredaktorin der Gewerkschaftszeitung der Unia. «Wir müssen nicht bis 2050 warten, wie das der Bundesrat will.»

Bisher habe noch niemand in der Schweiz konkret aufgezeigt, wie ein solcher öko-sozialer Umbau gelingen könnte, sagt Kuhn. Der Plan stamme von einer Gruppe von Energie- und Technologie-Experten, die seit 15 Jahren die «Technik-Umwelt»-Rubrik «Rosa Zukunft» von «Work» bespielen.

Hinter dem Pseudonym «Rosa Zukunft» dürfte sich unter anderem Hotelier Peter Bodenmann verstecken. Das zeigen Recherchen. «P.S.», die

linke Zürcher Zeitung schrieb 2016, Bodenmann propagiere via «Work» regelmässig die «Rosa Zukunft». Er war SP-Präsident von 1990 bis 1997.

Peter Bodenmann selbst will dies auf Anfrage weder bestätigen noch dementieren. Seine Handschrift hinter dem Konzept scheint aber unverkennbar. Kern ist eine hohe Lenkungsabgabe mit voller Rückerstattung, wie er sie als SP-Präsident propagierte. Dafür hatte die SP 1991 die Studie «Umweltabgaben für die Schweiz» von Ruedi Meier und Felix Walter erstellen lassen.

Nationalbank soll 100 Milliarden investieren

Das Konzept misst der Nationalbank (SNB) eine zentrale Rolle für die Umbaupläne bei. Die SNB verfügt über Devisenreserven von über 800 Milliarden Franken. Die SNB halte knapp 300 000 Aktien der «First Cannabis Company» von Nordamerika, heisst es im Konzept. Statt Cannabis-Aktien zu kaufen, solle Nationalbank-Chef Thomas Jordan den schnellen ökologischen Umbau der Schweiz finanzieren. Mit 100 Milliarden zinsfreien, aber rückzahlbaren Darlehen.

Die SNB soll die Gelder in verschiedenste Projekte inves-

«Dann wird in zwei Jahren alles neu gedacht.»



Peter Bodenmann
Hotelier und Ex-SP-Präsident

tieren. Im Inland könnte sie den ökologischen Wohnbau fördern, in Nordafrika die Produktion von Windenergie und von synthetischem Heizöl.

Einen besonderen Schritt könnte die SNB in Äthiopien tun. Wenn sie 800 Millionen Bäume finanziert, wie es im Konzept heisst. In diesem Land verschwanden in den letzten 100 Jahren 90 Prozent der Bäume. Ein Baum nimmt pro Jahr 100 Kilo CO₂ auf. 100 Bäume reichen aus, um die

5 Tonnen CO₂ zu kompensieren, die ein Schweizer pro Jahr produziert. 800 Millionen Bäume würden somit das CO₂ der Schweizer kompensieren.

Der Umbau-Plan ist nicht nur auf die Schweiz ausgerichtet. Wind- und Solarstrom sollen auch im Ausland produziert werden. Dafür brauche es einen «nicht-imperialen Marshallplan mit und für Afrika», heisst es im Konzept. Ganz in der Logik des deutschen Entwicklungsministers Gerd Müller. Dieser schrieb in der «WirtschaftsWoche» von einer «Ökologisierung der Entwicklungszusammenarbeit».

Das «Work»-Konzept enthält ein ganzes Bündel an Massnahmen:

– **Verkehr elektrifizieren:** Die Zahl von Autos und Parkplätzen nimmt laut Konzept ab, da viele Jugendliche den ÖV nutzen. Statt 10 Millionen Parkplätze seien in der Schweiz längerfristig nur noch zwei Millionen nötig, statt 3,6 Millionen Fahrzeuge weniger als eine Million. Die restlichen Autos würden elektrifiziert. Volkswagen als grösster Autokonzern der Welt setze auf das Elektroauto. Es werde bereits in wenigen Jahren billiger sein als Benzin- oder Dieselfahrzeuge.

– **Gebäude sanieren:** In der Schweiz gibt es 1,4 Millionen Wohngebäude. Mehr als eine Million müssten total saniert werden. Der Energieverbrauch lasse sich aber auch für nicht sanierte Gebäude nahezu halbieren. Dazu brauche es Kellerdecken, Isolierungen des Dachbodens, neue Fenster und neue Pumpen und Steuerungen. Statt 160 Kilowattstunden Öl pro Quadratmeter und Jahr verbrauche ein teilsaniertes Haus nur 20 Kilowattstunden Solar- oder Windstrom.

– **Verbot von Kurzflügen:** Im Konzept wird aber auch ein Verbot von Kurzstreckenflügen unter 600 Kilometern propagiert. Damit wären zum Beispiel Flüge nach Paris verboten. Sie würden dank schnellerer Bahnen überflüssig.

Für Bodenmann ist klar: SP und GLP seien in Sachen Umbau konzeptionell «noch etwas schwach auf der Brust». Am wenigsten hätten die Grünen zu bieten: «Sie profitieren vom Namen, von der Marke Grün.» Dennoch ist er überzeugt, dass es zumindest einen «kleinen Wahlsieg» von linken und grünen Parteien gebe. Dann werde, angesichts der dramatischen Umweltveränderungen, innerhalb von zwei Jahren alles neu gedacht und konzipiert.

Kinderspital-CEO tritt zurück

Zürich Markus Malagoli, Direktor des im Sommer in die Kritik geratenen Kinderspitals Zürich, tritt zurück. In einer Medienmitteilung hat das Spital am Freitag seinen Abgang nach 12 Jahren als Direktor auf Ende 2020 angekündigt. Malagoli lege seinen Rücktritt bewusst auf einen Zeitpunkt, «der die Kontinuität in der Führung für den Bezug und Betrieb des Neubaus optimal sicherstellt».

Der Zeitpunkt ist aber aus anderem Grund bemerkenswert. Malagoli wird 2020 mit seinen 62 Jahren kurz vor dem Pensionsalter stehen. Er hat gerade die unruhigste Phase seiner Zeit im Kinderspital hinter sich. Mitte April war bekannt geworden, dass ein entlassener Herzchirurg des Spitals wegen eines Arbeitskonflikts in den Hungerstreik getreten ist.

Im Mai deckte CH Media auf, dass das Kinderspital laut Studien zwischen 2001 und 2014 bei einem bestimmten Herzfehler eine doppelt so hohe Sterberate aufwies wie Vergleichsspitäler. Das Kispis wies die Vorwürfe zurück. Nur einen Monat später veröffentlichte das Spital aber aktuellere Zahlen, die zeigten, dass im Kinderspital tatsächlich deutlich mehr Patienten mit dem Herzfehler starben. Gegen den Vergleich wehrte sich das Kispis noch immer wegen der geringen Anzahl Fälle und angeblich unterschiedlicher Risiken. Allerdings verfügten die Behörden eine Supervision des Herzzentrums und das Kinderspital unternahm Schritte, die die interne Koordination bei der Behandlung des Herzfehlers sicherstellen sollen. Der Konflikt mit dem Herzchirurgen eskalierte vor kurzem erneut, als das Kinderspital mitteilte, man habe ihn wegen Drohung angezeigt. Dessen Anwalt wies die Vorwürfe als «unwahr» zurück. Stiftungsratspräsident Martin Vollenwyder bestreitet einen Zusammenhang des Rücktritts mit den Vorfällen im Herzzentrum. Malagoli wird in der Mitteilung als «umsichtig» und für sein «grosses Fingerspitzengefühl» gelobt. (lei)

Was die neue Strommarkt-Strategie für Kunden bedeutet

Der Bundesrat will, dass in Zukunft jedermann frei wählen kann, von welchem Anbieter er den Strom bezieht.

Das Stromversorgungsgesetz wird revidiert. Gemäss Bundesrat dürfen künftig alle wählen, von welchem Anbieter sie Strom beziehen. Als «Begleitmassnahme» soll Energie aus Wasser, Wind und Sonne gefördert werden. Doch was bedeutet das genau?

1 Der Bundesrat will den Strommarkt vollständig öffnen. Was bedeutet das für mich?

Haushalte und KMU sollen künftig wählen können, bei welchem Anbieter sie ihren Strom beziehen. Jeder soll die Preise verschiedener Stromproduzenten vergleichen können und dann einen Lieferanten auswählen, ähnlich wie bei den Krankenkassen. Heute können nur Grossverbraucher den Stromanbieter wechseln, alle anderen haben keine Wahl.

2 Was soll das bringen?

Der Bundesrat erhofft sich mehr Wettbewerb. Innovative Produkte und Dienstleistungen sollen sich dadurch rascher durchsetzen. Möglich sollen zum Beispiel lokale Netze sein: Wenn der Nachbar auf seinem Dach Strom produziert, könnten umliegende Häuser diesen nutzen, erklärte Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Hinzu kommt ein europapolitischer Aspekt: Nur wenn die Schweiz



Energieministerin Simonetta Sommaruga erklärt, wie der Strommarkt nun auch für Private geöffnet werden soll.
Bild: Peter Schneider/Keystone (Bern, 27. September 2019)

den Markt öffnet, kann sie ein Strommarktabkommen mit der EU abschliessen. Allerdings ist dieses derzeit wegen des fehlenden Rahmenvertrags sowie so auf Eis gelegt.

3 Ab wann können Haushalte und KMU den Produzenten frei wählen?

Das ist noch unklar. Der Bundesrat hat Sommarugas Departement beauftragt, bis nächsten März ein Aussprachepapier mit Eckwerten vorzulegen.

4 Ist die Idee neu?

Nein, die vollständige Marktöffnung ist seit Jahren ein Thema. Wegen der Kritik hatte

der Bundesrat die ursprünglich für 2014 geplante Liberalisierung verschoben. Dagegen ist unter anderem Sommarugas eigene Partei, die SP. Die Strombranche selbst ist gespalten. Laut Sommaruga hat die Vernehmlassung aber gezeigt, dass die Mehrheit der Kantone und der Parteien für eine vollständige Liberalisierung ist.

5 Der Bundesrat will 215 Millionen Franken pro Jahr in die erneuerbaren Energien stecken. Weshalb?

Wegen der Versorgungssicherheit. Der Atomausstieg ist beschlossene Sache, auch Nachbarländer steigen aus Kohle- und Atomkraft aus. Dafür braucht es Ersatz. Der Bundesrat will deshalb unter anderem die Subventionen für grosse Wasserkraftwerke verdoppeln. Auch neue Solar-, Wind- und Biogasanlagen sollen finanziell unterstützt werden, ebenso Geothermie-Kraftwerke.

6 Und wer bezahlt das?

Die Stromkunden. Sie bezahlen bereits heute einen Netzzuschlag von 2,3 Rappen pro Kilowattstunde. Das soll auch weiterhin so bleiben. Dieses Geld reiche aus, um die angepassten Fördermassnahmen zu bezahlen, sagt der Bundesrat.

7 Setzt der Bundesrat auch auf Gaskraftwerke, um im Winter genügend Strom zu haben?

Bundesrätin Sommaruga beantwortete diese Frage nicht. Das Bundesamt für Energie will im Herbst eine Studie zur Versorgungssicherheit vorlegen.

Maja Briner

Ausbildungszulagen schon ab 15 Jahren

Ausbildungszulagen sollen neu schon ab 15 Jahren ausbezahlt werden. Das Parlament hat eine Revision des Familienzulagengesetzes verabschiedet. Heute werden Ausbildungszulagen ab 16 ausgerichtet. Der Bundesrat will mit der Revision Lücken stopfen. So sollen arbeitslose, alleinerziehende Mütter während der Mutterschaftsentschädigung künftig Familienzulagen erhalten.

Die Familienzulagen für alleinstehende und arbeitslose Mütter fallen finanziell marginal ins Gewicht. Die Änderung bei den Ausbildungszulagen hat jährliche Mehrausgaben von rund 16 Millionen Franken zur Folge. Dies entspricht einem Anteil von 3 Promille an den Gesamtausgaben für die Familienzulagen. (sda)